

23.05.2014

Ausschuss für Bauen, Wohnen,
Stadtentwicklung und Verkehr

Dieter Hilser MdL

Einladung

37. Sitzung (öffentlich)
des Ausschusses für Bauen, Wohnen,
Stadtentwicklung und Verkehr,
am Dienstag, dem 3. Juni 2014,
nachmittags, 13.30 Uhr, Raum E 3 - D 01
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Diese Einladung ergeht nachrichtlich an den Ausschuss für Kommunalpolitik.

Gemäß § 53 Abs.1 der Geschäftsordnung des Landtags berufe ich den Ausschuss ein und setze folgende Tagesordnung fest:

Tagesordnung

Verfall der Infrastruktur und Rückbau des ÖPNV stoppen: Finanzmittel sichern und vorziehen, Kommunen beistehen

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4587

- Öffentliche Anhörung von Sachverständigen -

gez. Dieter Hilser
- Vorsitzender -

F. d. R.

Hans-Georg Schröder
Ausschussassistent

Anlagen

Verteiler
Fragenkatalog

**Öffentliche Anhörung
des Ausschusses für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung
und Verkehr am 3. Juni 2014**

**„Verfall der Infrastruktur und Rückbau des ÖPNV stoppen: Finanzmittel
sichern und vorziehen, Kommunen beistehen“**
Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 16/4587

Verteiler

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen c/o Städtetag NRW Köln	Nahverkehr Westfalen-Lippe Herrn Dr. Hermann Paßlick Unna
Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR) Herrn Dr. Norbert Reinkober Köln	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) Herrn Martin Husmann Düsseldorf
VDV – Verband deutscher Verkehrsunternehmen Landesverband Nordrhein-Westfalen Köln	PRO BAHN NRW e. V. Herrn Frank Michalzik Herrn Lothar Ebbers Duisburg
Mobil mit Plan Verkehrs-Consult Herrn Dr. Karl-Georg Schroll Trier	raumkom – Büro Bonn Herrn Prof. Heiner Monheim Bonn
KCW GmbH Berlin	tjm-consulting mobilitätsmanagement Herrn Thomas J. Mager Köln
IHK NRW e.V. Düsseldorf	

**Öffentliche Anhörung
des Ausschusses für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung
und Verkehr am 3. Juni 2014**

**Verfall der Infrastruktur und Rückbau des ÖPNV stoppen: Finanzmittel sichern und
vorziehen, Kommunen beistehen
Antrag der Fraktion der Piraten, Drucksache 16/4587**

Fragenkatalog

1. Sind die im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vereinbarten zusätzlichen Bundesmittel von fünf Milliarden Euro verteilt auf vier Jahre ausreichend, um die vorhandenen Finanzierungsengpässe im Bereich der Verkehrsinfrastruktur zu beseitigen?
2. Was sind die gravierendsten Folgen einer fortschreitenden Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur?
3. Wie sollten die zusätzlichen Bundesmittel auf die verschiedenen Verkehrsträger aufgeteilt werden?
4. Wie bewerten Sie die Bedeutung der Bundesmittel für den ÖPNV in Nordrhein-Westfalen?
5. Wird die gegenwärtige Finanzierung aus Bundesmitteln der Bedarfslage Nordrhein-Westfalens gerecht?
6. Sollte das Land Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf zu erwartende Bundesmittel Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur vorfinanzieren?
7. Wäre eine verkehrsträgerübergreifende und mehrjährige Zuweisung von Bundesfinanzmitteln für die Verkehrsinfrastruktur in NRW im Sinne von Flexibilisierung und Planbarkeit zielführend?
8. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die vorhandenen Engpässe in der Infrastrukturfinanzierung über alternative Finanzierungsmodelle wie öffentlich-private Partnerschaften zu beseitigen?
9. Halten Sie die Aussagen des Gutachtens intraplan zum Finanzbedarf des kommunalen ÖPNV im Hinblick auf Sanierungen für zutreffend?
10. Wie bewerten Sie im Hinblick auf den Bedarf für die Sanierung kommunaler Schieneninfrastruktur die zur Zeit dafür zur Verfügung stehenden Finanzierungsinstrumente des Bundes?

11. Welche Bedeutung hat die Zeitkomponente (Finanzierungssicherheit) für die Planung von Sanierungsmaßnahmen?
12. Welche alternativen betrieblichen Konzepte könnten verkehrstechnisch und ökonomisch sinnvoll sein, um den Sanierungsbedarf sowie den dauernden Erhaltungsbedarf zu minimieren? Wie bewerten sie diese?
13. Welchen Finanzsockel halten Sie ab dem Jahr 2019 für den ÖPNV in Nordrhein-Westfalen erforderlich und wie soll dieser aus welchen Quellen finanziert bzw. verteilt werden?
14. Wie bewerten Sie die Idee, einen „Soli-Fonds Kommunen“ aufzulegen, der u.a. dem Zweck dient, die Netze zu sanieren, zu modernisieren und ggf. auszubauen?
15. Welche Folgen sehen Sie für die Kommunen und das Land, wenn es nicht gelingt, die von der ÖPNV-Zukunftskommission gemachte Forderung umzusetzen, die Kapazität im ÖPNV um wenigstens 50% (wenn nicht 100%) zu erhöhen – in verkehrlicher, finanzieller, räumlicher und ökologischer Hinsicht?
16. Wie sinnvoll schätzen Sie die Forderung ein, etwaige Bundesmittel für Verkehrsinfrastruktur vor allem für die ÖPNV-Infrastruktur und hier für die U- und Straßenbahnsysteme zu verwenden, weil hier die festgestellten Mängel am akutesten sind und am schnellsten behoben werden müssen, damit die mittelfristigen Kosten nicht noch deutlich höher ausfallen?
17. Inwieweit müssen gerade die Kommunen mit schwieriger demografischer und ökonomischer Lage über die Attraktivierung des ÖPNV gegenüber den prosperierenden Kommunen gestützt werden?
18. Wie kann vermieden werden, dass auch künftig die Finanzausstattung der Kommunen darüber entscheidet, ob ein attraktiver ÖPNV angeboten werden kann oder nicht?